

# Gastspiel Hedwig von Beverfoerde: Geliehene Bäuche und gekaufte Kinder

Verrückte Zeiten: Einerseits stellen Leute lauthals die Forderung auf, auf Kinder zu verzichten, um das Klima zu schützen und andererseits behaupten Leute ebenso lauthals, ein Recht auf ein Kind um jeden Preis zu haben. Zwei extreme Gegensätze? Nicht unbedingt. Beide Positionen sind nicht nur egoistisch, sondern missachten gleichermaßen den unschätzbaren Wert des menschlichen Lebens.

Das Kind ist nicht mehr die wunderbare Frucht der gegenseitigen Liebe von Mann und Frau, wodurch eine Familie, die schützenswerte Keimzelle der Gesellschaft, begründet wird. Nein, nach den obigen Vorstellungen ist ein Kind nichts anderes als ein Produkt im Warenkorb eines vermeintlich selbstbestimmten Lebens. Es kann künstlich geplant, künstlich gezeugt oder künstlich verhindert werden - je nachdem, ob es gerade in den persönlichen Lifestyle oder die herrschende Ideologie passt oder nicht. Und - fällt die Entscheidung PRO Kind, will man auch über Geschlecht, Augen- und Haarfarbe sowie soziale und charakterliche Fähigkeiten des „Wunschkindes“ entscheiden können.

Schwarzmalerei? Mitnichten. Die sogenannte Reproduktionsmedizin schreitet mit Siebenmeilenstiefeln voran und schafft Möglichkeiten, die kaum ein Science-Fiction-Autor zu träumen gewagt hätte. Aber muss etwas erlauben werden, nur weil es möglich ist? Die meisten Menschen würden das entschieden verneinen. Aber allzu oft wird dabei die beliebte Salami-Taktik übersehen. Aktuell werden wieder einige Scheibchen abgeschnitten.

Anfang März fanden in Berlin bereits zum dritten Mal die „[Kinderwunsch Tage](#)“ statt. Hinter diesem netten Begriff verbargen sich zahlreiche internationale Unternehmen und Kliniken, die dort ihre teuren und moralisch höchst fragwürdigen technologischen Methoden anboten, um den Wunsch nach einem Kind zu erfüllen - um jeden Preis, wie es scheint.

Unter den Angeboten fanden sich Praktiken, die in Deutschland verboten sind, wie zum Beispiel Leihmutterschaft, Embryonenspende und Eizellenspende. Die Aussteller kamen zwar aus Ländern, in denen diese Maßnahmen erlaubt sein mögen, in Deutschland ist Werbung für zum Beispiel Leihmutterschaft aber untersagt. Die Veranstalter behaupten zwar, lediglich neutrale Informationen anzubieten, die Realität auf der Messe sah allerdings anders aus.

In den kurzen Vorträgen und den zahlreichen Infomaterialien wurde für die verschiedenen Angebote im Ausland geworben. Fotos von Leihmüttern und Eizellenspenderinnen wurden gezeigt, die medizinischen und hygienischen Standards der Kliniken vorgestellt und die verschiedenen „Pakete“ erläutert, die man dort bestellen kann. Von „all inclusive Leihmutterschaftsprogrammen“ für 55.000 Euro in der Ukraine oder „Garantien“ auf Nachwuchs durch „unbegrenzte“ Versuche der künstlichen Befruchtung war die Rede. Außerdem sprach man offen von „Embryonen-Züchtung“ und „genetisch geschädigten“ Kindern. Kinderproduktion und -handel ist eben ein knallhartes Geschäft.

Die Politik scheint das wenig zu stören, im Gegenteil: Bundesjustizministerin [Katarina Barley](#) (SPD) und

die **Grünen**-Bundestagsfraktion forderten jüngst die abstammungsrechtliche Gleichstellung lesbischer Paare (Stichwort „Mit-Mutterschaft“) und damit die Auflösung biologischer und natürlicher Elternschaft, während die **FDP** bereits die Legalisierung von Leihmutterschaft und Eizellenspende verlangt. Juristische Präzedenzfälle werden ebenfalls geschaffen: Mitte März entschied das **Oberlandesgericht Frankfurt**, dass das von einer ukrainischen Leihmutter ausgetragene Kind von seiner Bestell-Mutter in Deutschland adoptiert werden darf.

Die menschenverachtenden Folgen von Leihmutterschaft werden in dieser Debatte oft ausgeblendet. Die Ausbeutung vieler Leihmütter, die Degradierung des Ungeborenen zur Ware, die Tötung zahlreicher ungeborener Kinder durch fehlgeschlagene „Transfers“, die Identitätskonflikte der Kinder – alles kein Problem?

Dabei war all dies abzusehen. Seit dem Dambruch der Ehe-„Öffnung“ im Juni 2017 gibt es kein Halten mehr: Neben einer weiteren „Öffnung“ zur Viel-Ehe für mehrere Erwachsene und für Verwandte nahmen interessierte Kreise sofort auch die Legalisierung der Leihmutterschaft als nächsten Durchbruch ins Visier. Denn vor allem homosexuelle Männer-Paare, die ein Kind wollen, sind auf Eizellenspende und Leihmutterschaft angewiesen. Und die Nachfrage steigt: In der **F.A.Z.** berichtete vor wenigen Tagen ein Rechtsanwalt, er habe in den letzten fünf Jahren über ein Drittel mehr Anfragen von Paaren erhalten, die in Deutschland als rechtliche Eltern eines Kindes anerkannt werden wollen, das von ausländischen Leihmüttern auf die Welt gebracht wurde.

Ist die Entwicklung also unvermeidlich? Müssen wir akzeptieren, daß ethische Schranken vom technologischen Fortschritt einfach überrollt werden und können nur tatenlos zusehen?

Keineswegs. In unserer Demokratie ist immer noch der Bundestag verantwortlich für die Gesetze. Es lohnt sich also, sich für die Würde der Frau und das Wohl des Kindes einzusetzen. Als *Aktionsbündnis für Ehe & Familie – DemoFürAlle* haben wir deshalb eine aufrüttelnde Film-**Dokumentation** über Leihmutterschaft produziert. Politiker und Juristen sollten sich die dramatischen Hintergründe und gefährlichen Folgen des Leihmutter-Geschäfts unbedingt ansehen.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie [hier](#)...

---

## Staatskohle für den Regenbogen

Heute Morgen erhielt ich eine Rundmail der „Initiative Familien-Schutz“, die darauf hinweist, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) bisher eine halbe Million Euro Steuergelder für Informationsarbeit für den unwissenschaftlichen Gender-Schwachsinn ausgegeben hat. Danach bekomme eine einzige schwul-lesbische organisation 200.000 Euro im Jahr, um

- so heißt es in der Mail - „von der Kita bis zum Altenheim alle auf Regenbogen-Linie bringen, die beruflich irgendetwas mit Bildung und Pflege zu tun haben“. Und so etwas passiert nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern überall in Deutschland. Und es sollte auf massiven Protest der Bevölkerung treffen, denn politische Umerziehung ist keine Staatsaufgabe.

---

## **Bloß nicht zu viel wissen: Seriöse Erkenntnisse stören nur in der Politik**

Ich möchte mich an dieser Stelle ehrlich bei Bundesforschungsministerin Anja Karliczek von der CDU entschuldigen. In einem Beitrag am 1. März dieses Jahres hatte ich der gelernten Bankkauf- und Hotelfachfrau aus Ibbenbüren nach einem WDR-Interview schlichtweg die Eignung **für das hohe Staatsamt abgesprochen**.

Und dann so was: die Christdemokratin zieht furchtlos in der Schlacht - ausgerechnet gegen die Homo-„Ehe“, der etwa ein Drittel der Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU vor der Bundestagswahl im Hauruckverfahren zustimmten, auch um Frau Merkel nach der Wahl Koalitionsoptionen mit Grünen und FDP - SPD sowieso - zu eröffnen. Wenn die Union auf alle politischen Überzeugungen verzichtet, ist sie als Partner für linke Bündnisse natürlich verfügbar. Und bevor Sie fragen „Was denn für Überzeugungen?“ erinnere ich daran, dass zwei CDU-Bundesparteitage und auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorher mit großen Mehrheiten die Homo-„Ehe“ abgelehnt hatten. Aber seit wann interessiert Frau Merkel, was ihre Mitglieder und Abgeordneten wollen?

Und man kann die Entscheidung damals auch von einer anderen Seite betrachten. Zwei Drittel der Unions-Abgeordneten stimmten *GEGEN* die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit die Ehe. Und nur diese Abgeordneten der Union stimmten im Bundestag dagegen. *NUR* sie...

Damit kommen wir zurück zu Anja Karliczek, der ich wohl Unrecht getan habe. Denn sie gehörte zu diesen Abgeordneten der CDU die mit *NEIN* stimmten. Karliczek sagte in der Debatte: „Meine Einschätzung als Mutter dreier Kinder ist die, dass es für die Entwicklung von Kindern wichtig ist, das emotionale Spannungsfeld zwischen Vater und Mutter zu erleben.“ Natürlich ist das entscheidend - ich meine, warum gibt es sonst Männer und Frauen mit vielfältigen Unterschieden, die von linken Volkserziehern gern als „biologistisch“ geschmäht werden?

Natürlich können homosexuelle Paare Kinder mit großer Liebe und Fürsorge erziehen, kein Zweifel. Aber es wird diesen Kindern in den allermeisten Fällen schwerer fallen, ihre eigene Identität für sich selbst zu entdecken, wenn sie zum Beispiel ein Junge sind, der mit zwei Müttern aufwächst und täglich auch in Kita und Grundschule fast nur Frauen als Erzieher und Lehrer erlebt.

Die Homo-Community, also die oft schlecht erzogenen Schreihälse der Lobbygruppen der LSBTTIQ GmbH & Co. KG-Gruppen, ist empört über die Ministerin, die ihren Job ernst nimmt. Was das queere Völkchen da ablässt, ist zu vernachlässigen aber auch verständlich. Die müssen ja irgendetwas tun, um auch in Zukunft Staatskohle abkassieren zu können. Wenn aber die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) behauptet: „Schon heute belegen Studien, dass sich Kinder in homosexuellen Partnerschaften genauso gut entwickeln wie in Familien mit Mutter und Vater“, dann ist energischer Widerspruch angebracht.

Diese „Studien“, die es zur Entwicklung von Kindern in homosexuellen Beziehungen gibt, sind nichts als Abfragen einer übersichtlichen Zahl von gleichgeschlechtlichen Partnern mit Kindern. Keine wissenschaftliche Untersuchung, keine Befragung der Kinder, wie es ihnen geht – außer natürlich in Anwesenheit der Erziehungsberechtigten.

Bei jedem anderen Thema würde man diese „Studien“ auseinandernehmen und in den Papierkorb schmeißen. Aber hier geht es ja um die gute Sache, das Propagieren einer bunten Vielfalt sexueller Identitäten, die nicht nur gleichwertig zur traditionellen Form des Zusammenlebens der großen Mehrheit in Deutschland, sondern am besten auch noch überlegen ist. Nicht verwunderlich in einem Land, in dem eine Bundeskanzlerin mal sagte, Mütter, die ihre Kinder selbst erziehen, seien „vergeudetes Potential“.

Forschungsministerin Karliczek will nichts anderes als eine Langzeitstudie zum Thema. Sie will Fakten, die auf wissenschaftlicher Basis entstehen. Sie will erfahren, was richtig ist – das ist ihr Job. Und genau deshalb beschimpft man sie so massiv.

Andererseits: Es gibt ja im modernen Deutschland auch Abgeordnete, die überhaupt nicht mehr darüber reden wollen, was zum Beispiel im umstrittenen Flüchtlingspakt der UN unterschrieben werden soll. Das könnte die Bevölkerung verunsichern...

---

## **Frau Ministerin mag's gern bunt und hisst 'ne Fahne**

Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey gibt sich die Ehre. Sie hat für kommenden Freitag „Akteure“ und „Engagierte“ zu Podiumsdiskussion und Häppchen zum Thema „Für Vielfalt, Selbstbestimmung und Akzeptanz“ in das Bundesfamilienministerium eingeladen. Anlass ist das 40-jährige Jubiläum des sogenannten *Christopher Street Days*, der heute weniger eine politische Demonstration denn Karneval mit viel nackter Haut geworden ist.

Das war nicht so, als am 28. Juni 1969 der berühmte Aufstand Homosexueller gegen die Polizeiwillkür in einer Bar im New Yorker Stadtteil *Greenwich Village* stattfand. Tagelang gab es Straßenschlachten, und es dauerte tatsächlich noch Jahrzehnte bis zumindest in den westlichen Ländern Schwule und Lesben

nicht mehr diffamiert werden und ohne Behinderung Außenminister oder Talkshow-Moderatorin werden konnten. Gut so!

Im Anschluss an die Veranstaltung am Freitag in Berlin wird Ministerin Giffey die bekannte Regenbogenflagge der internationalen Homosexuellen-Bewegung vor ihrem Ministerium hissen. Das ist ungewöhnlich, hängen dort sonst nur hoheitliche Flaggen.

Aber Schwamm drüber, Frau Ministerin, da wollen wir ruhig mal ein bisschen locker sein. Ich schlage vor, zum alljährigen „Tag des ungeborenen Kindes“ (25. März) hissen wir mal eine Pro-Life-Flagge vor ihrem Ministerium. Und für das runde Drittel alleinerziehender Mütter, die später in die Altersarmut rutschen, sollte es auch eine Fahne vor ihrem Ministerium geben. Vielleicht könnte eine Werbeagentur beauftragt werden, so eine Fahne entwickeln zu lassen? Bezahlt vielleicht aus dem üppigen Etat der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Besser als das, was dort sonst produziert wird, wäre das ein Quantensprung.

---

## **Eine Ehe ist eine Ehe ist eine Ehe**

Eine „Klatsche“ hätten sich die Grünen vor dem Verfassungsgericht abgeholt, triumphiert CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt. Über die sogenannte Homo-„Ehe“ wird in dieser Legislaturperiode nicht einmal mehr abgestimmt. Und das ist richtig so.

Man weiß nicht, ob man die Homo-Lobbygruppen in Deutschland bemitleiden oder bewundern soll. Ja, wirklich: Die Hartnäckigkeit, mit der sie ihre Anliegen betreiben und immer wieder auf die Tagesordnung bringen, nötigt mir Respekt ab.

Ist es also diskriminierend, wenn der Vorstoß nach Einführung einer „Ehe“ für gleichgeschlechtliche Partnerschaften immer wieder scheitert? Kein Stück! Mit den eingetragenen Lebenspartnerschaften ist rechtlich für die beiden Partner(innen) alles geregelt, was zu regeln ist. Rechtsstaat halt. Bei dem Kampf um die Homo-„Ehe“ geht es um Symbolik, sonst nichts. Man will „Ehe“ sein – unbedingt.

Aber die Ehe ist eben auch im Verständnis des Artikels 6 unseres Grundgesetzes ausdrücklich privilegiert. Sie bezeichnet die auf lebenslangen Bestand angelegte Partnerschaft von einem Mann und einer Frau, aus der Kinder entstehen können. Punkt! Aus einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft können keine Kinder entstehen. Aus der Polygamie, wie wir sie aus dem islamischen Kulturkreis kennen, können Kinder entstehen, es ist aber nicht die Verbindung von einem Mann und einer Frau.

Was eine „Ehe“ ist, ist in Deutschland klar definiert. Und wir sollten uns davor hüten, das aufzuweichen, denn es öffnet die Tore für alle Art von Beziehungen und Partnerschaften, die dann auch „Ehe“ sein

wollen. Niemand, der in einer Liebesbeziehung lebt, darf von der Gesellschaft dafür benachteiligt werden, wen oder wie er oder sie lebt. Aber eine Ehe ist eine Ehe ist eine Ehe...

---

## Die Dokumentation eines bemerkenswerten Vorgangs

Nachfolgende aktuelle Begebenheit aus dem deutschen Alltag schildere ich mal wertfrei und unkommentiert. Machen Sie sich selbst ein Bild....

Am vergangenen Sonntag erschien in der Zeitung „OWL am Sonntag“, die zum Bielefelder Westfalen-Blatt gehört, eine Kolumne der Diplom-Psychologin Barbara Eggert. Unter der Überschrift „Unsere Töchter schützen“ beantwortete Frau Eggert die Frage eines Lesers namens Bernhard:

*„Unsere Töchter sind acht und sechs Jahre alt. Mein Bruder wird demnächst seinen Freund heiraten und möchte, dass unsere Mädchen Blümchen streuen. Meine Frau und ich haben unseren Kindern beigebracht, dass die Ehe eine ernste Entscheidung zwischen Mann und Frau ist. Mein Bruder und sein Freund sind wunderbare Menschen, aber eine Ehe finde ich unpassend. Ich will nicht, dass unsere Töchter sich in ihrem Alter mit dem Thema der sexuellen Orientierung befassen.“*

Die (verkürzte) Antwort der Diplom-Psychologin:

*„Aber bei allem Respekt, es muss nicht sein, sechs- und achtjährige Kinder einzuladen. Ich gebe Ihnen recht, ihre Töchter würden durcheinander gebracht und können die Situation Erwachsener nicht richtig einschätzen. Sagen Sie Ihrem Bruder, dass Ihre Kinder an der Feier nicht teilnehmen, weil sie nicht möchten, dass die Kinder verwirrt werden.“*

In den sozialen Netzwerken erhob sich unmittelbar nach der Veröffentlichung ein sogenannter „Shitstorm“, wütende Protestmails erreichten die Redaktion, die sich sogleich entschuldigte für mögliche Verletzung von Gefühlen und versicherte, man habe überhaupt nichts gegen Homosexuelle. Auch Frau Eggert ruderte erschrocken zurück und teilte in der Zeitung mit:

*„Hier geht es nicht um meine Weltanschauung oder einen gesellschaftlichen Konflikt, sondern um ein ganz privates, nicht repräsentatives Problem eines verunsicherten Vaters. Ich habe ihm geschrieben, dass seine Kinder vielleicht nicht liberal genug erzogen wurden....“*

Inzwischen hat sich die Redaktionsleitung des Westfalen-Blattes ein weiteres Mal distanziert und teilt mit:

*„Frau Eggert wird fortan nicht mehr für uns schreiben, wir werden ihre Kolumne beenden.“*

So weit zum Vorgang.

Nur zur Klarstellung möchte ich noch sagen: Dies ist kein Beitrag über Homosexualität oder die Ehe. Dies ist ein Beitrag über Political Correctness und Meinungsfreiheit.

---

## **Einfach mal selbst ein Bild verschaffen**

„Fünf Antworten auf die homophoben Sprüche von Birgit Kelle“ - so zartfühlend lautet die Überschrift eines Beitrages gestern in einer Internetzeitung, auf die Deutschland ohne Schmerzen verzichten könnte. Zur gleichen Zeit referierte besagte Birgit Kelle in München bei einer völlig überfüllten Veranstaltung. Als die beendet war, kam ein Mann zu der mir bestens bekannten Buchautorin („Gendergaga“) und sagte ihr, dass er selbst homosexuell sei und gekommen war, um sich selbst ein Bild über Birgits Thesen zu verschaffen: „Ich habe hier nichts von Ihnen gehört, was irgendwie abwertend oder diskriminierend gewesen ist.“ So unterschiedlich nehmen Menschen andere Positionen wahr. Die einen, die in ihrer kleinen durchideologisierten Welt gefangen sind, und die anderen, die einfach mal selbst zuhören oder lesen.